

Politische Forderungen der Europa-Union Berlin 2026-2031

Berlin als europäische Stadt der Demokratie, Bildung, Mehrsprachigkeit und Teilhabe

Leitidee

Berlin soll Europa nicht nur bekennen, sondern in Bildung, Verwaltung, Bezirken, Demokratie, Mehrsprachigkeit und Stadtentwicklung praktisch umsetzen. Die Europa-Union Berlin fordert eine Europapolitik aus einem Guss: strategisch, sichtbar, bürgernah, mehrsprachig, gerecht und messbar.

1. Berlin bekennt sich zu Europa und gestaltet Europa aktiv mit

Berlin ist nicht nur Hauptstadt Deutschlands, sondern eine europäische Metropole mit besonderer historischer Verantwortung. Die Stadt steht für Freiheit, Demokratie, Weltoffenheit und europäische Vielfalt. Dieses Selbstverständnis muss politisch sichtbarer, verbindlicher und handlungsorientierter werden.

1.1 Europa in bester Verfassung

Die Europa-Union Berlin fordert, dass Berlin sein Bekenntnis zum europäischen Einigungsprozess und zu den Werten der Europäischen Union in der Landespolitik sichtbar verankert. Ein bloß symbolisches Bekenntnis reicht nicht aus. Berlin soll Europa in Verwaltungspraxis, Bundratsarbeit, Städtekooperationen und politischer Bildung aktiv mitgestalten.

- **Verfassungsauftrag konkretisieren:** Berlin soll den europäischen Einigungsprozess und die Werte der Europäischen Union in der Landesverfassung sichtbar anerkennen und daraus einen aktiven Gestaltungsauftrag ableiten.
- **Föderale Weiterentwicklung unterstützen:** Berlin soll sich im Bundesrat, in europäischen Städtenetzwerken und gegenüber der Bundesregierung für eine föderale Weiterentwicklung der Europäischen Union einsetzen.
- **Europäische Interessenvertretung stärken:** Das Land Berlin soll europäische Gesetzgebungs- und Meinungsbildungsprozesse früher, systematischer und transparenter begleiten.

1.2 Europastrategie verbindlich umsetzen und jährlich berichten

Mit der Berliner Europastrategie liegt ein wichtiger Rahmen vor. Entscheidend ist nun, dass daraus überprüfbare Praxis wird. Die EUB fordert deshalb einen jährlichen Berliner Europabericht, der dem Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit vorgelegt wird.

- **Jährlicher Europabericht:** Der Senat berichtet jährlich über Umsetzung, Prioritäten, EU-Fördermittel, Beteiligung an EU-Verfahren, Städtekooperationen, Austauschprogramme und Europakompetenz in der Verwaltung.
- **Strategische Evaluation 2030:** Spätestens fünf Jahre nach Beschluss der Europastrategie soll eine externe oder parlamentarisch begleitete Evaluation erfolgen.

2. Formale Europabildung: Schulen, SESB und Lehrkräfte stärken

Europabildung beginnt nicht erst mit institutionenkundlichem Wissen über Brüssel. Sie beginnt mit Sprache, Begegnung, Mehrperspektivität und demokratischer Praxis. Berlin verfügt mit der Staatlichen Europa-Schule Berlin über ein bundesweit besonderes Instrument. Dieses muss gesichert, strategisch weiterentwickelt und besser bekannt gemacht werden.

Die Forderungen der AG SESB werden hier in der nächsten Version aufgenommen und eingefügt

2.1 Europakompetenz der Lehrkräfte stärken

Europabildung hängt stark von Lehrkräften ab, die Europa nicht nur als Unterrichtsinhalt, sondern als gelebte Erfahrung vermitteln können. Berlin soll europäische Austausch- und Fortbildungsangebote systematisch in der Lehrkräftebildung verankern.

- Erasmus+ besser nutzen: Schulen und Lehrkräfte sollen bei Erasmus+ Anträgen, Schulpartnerschaften und Fortbildungen systematisch unterstützt werden.
- Austausch ermöglichen: Auslandsaufenthalte, Hospitationen und Entsendungen sollen für Lehrkräfte einfacher zugänglich werden.
- Partnerschaften erweitern: Neben Deutschen Auslandsschulen sollen Schulen in EU-Mitgliedstaaten, Partnerstädten und europäischen Nachbarregionen stärker einbezogen werden.

3. Non-formale Europabildung: Europa lebenslang und niedrigschwellig vermitteln

Europäische politische Bildung darf nicht auf Schulen beschränkt sein. Berlin braucht Orte, an denen Menschen aller Altersgruppen Europa verstehen, diskutieren und mitgestalten können. Dazu gehören Bildungseinrichtungen, Bibliotheken, Volkshochschulen, Jugendformate, zivilgesellschaftliche Träger und digitale Formate.

3.1 Europapolitische Bildungsträger dauerhaft stärken

Die Europäische Akademie Berlin ist eine zentrale Akteurin europapolitischer Wissensvermittlung in und für Berlin. Die EUB fordert eine dauerhafte institutionelle Stärkung europapolitischer Bildung in Berlin und verlässliche Unterstützung für Träger, die Dialog, Begegnung und demokratische Bildung ermöglichen.

- Europäische Akademie Berlin stärken: Die EAB soll als Ort europapolitischer Bildung, Public Diplomacy, internationaler Begegnung und demokratischer Debatte langfristig abgesichert werden.
- Zivilgesellschaftliche Träger einbinden: Berlin soll europapolitische Bildungsarbeit nicht projektförmig verengen, sondern als dauerhafte Infrastruktur demokratischer Stadtgesellschaft behandeln.
- Bürgerdialoge verstetigen: Dialogformate zu europäischen Zukunftsfragen sollen regelmäßig, mehrsprachig und bezirksübergreifend stattfinden.

3.2 Europäischer Wettbewerb und Jugendformate strukturell absichern

Der Europäische Wettbewerb zeigt seit Jahrzehnten, dass junge Menschen europäische Themen kreativ, kritisch und lebensnah bearbeiten. Berlin sollte solche Formate stärker unterstützen.

- Deputatsstunden prüfen: Für betreuende Lehrkräfte der Landesjury des Europäischen Wettbewerbs sollen zusätzliche Deputatsstunden oder vergleichbare Entlastungen bereitgestellt werden.
- Jugendformate fördern: Europapolitische Wettbewerbe, Jugenddialoge, Planspiele, Medienprojekte und kreative Beteiligungsformate sollen strukturell unterstützt werden.
- Breite Beteiligung sichern: Angebote sollen unterschiedliche Schulformen, Bezirke, soziale Hintergründe und Altersgruppen erreichen.

3.3 Volkshochschulen, Bibliotheken und Bildungszeiten europäisieren

Europawissen ist eine Voraussetzung demokratischer Teilhabe. Die EUB fordert, dass jede Berliner Volkshochschule regelmäßig Angebote zu Europa, EU-Politik, europäischer Geschichte, europäischer Stadtgesellschaft und Beteiligungsmöglichkeiten macht.

- VHS-Angebote ausbauen: In allen Bezirken sollen regelmäßig Kurse, Bildungszeiten, Townhalls, Bildungsreisen und Dialogformate zu Europa angeboten werden.
- Bibliotheken einbeziehen: Landes- und Bezirksbibliotheken sollen als niedrigschwellige europäische Informations- und Begegnungsorte genutzt werden.
- Mehrsprachigkeit sichern: Zentrale Informationsangebote sollen mehrsprachig und zielgruppengerecht aufbereitet werden.

4. Europakompetenz in Bezirken und Verwaltung verbindlich verankern

Europa ist längst Teil kommunaler und landespolitischer Realität. Europäisches Recht, Förderprogramme, Städtekooperationen und transnationale Herausforderungen prägen die Arbeit der Berliner Verwaltung. Europakompetenz ist deshalb keine Zusatzqualifikation, sondern eine notwendige Schlüsselkompetenz.

4.1 EU-Beauftragte und LAG stärken

Die bezirklichen EU-Beauftragten sind Schnittstellen für Europakommunikation, Fördermittel, Projekte, Städtepartnerschaften, Beteiligung und europäische Stadtgesellschaft. Ihre Rolle darf nicht auf Fördermittelberatung reduziert werden.

- Einheitliche Aufgabenprofile schaffen: Senatskanzlei und Rat der Bürgermeister:innen sollen vergleichbare Mindeststandards für Aufgaben, Zuständigkeiten und Ressourcen der EU-Beauftragten vereinbaren.
- Personelle Ausstattung sichern: Jeder Bezirk braucht ausreichend personelle Kapazitäten für Europaarbeit, Kommunikation, Projektentwicklung und Kooperation mit Zivilgesellschaft.
- LAG stärken: Die Landesarbeitsgemeinschaft der EU-Beauftragten soll als strategisches Koordinierungsformat für „Europa in den Bezirken“ ausgebaut werden.

4.2 Europakompetenz als Schlüsselkompetenz der Verwaltung

Europakompetenz soll in allen Ebenen der Berliner Verwaltung systematisch aufgebaut werden. Die EUB fordert ein verbindliches Qualifizierungsprogramm für Beschäftigte des Landes und der Bezirke.

- Europäisches Onboarding: Neue Beschäftigte des Landes Berlin sollen grundlegende Informationen zur EU, zum europäischen Mehrebenensystem, zu EU-Recht und zu Berlins Europastrategie erhalten.
- Regelmäßige Fortbildungen: Europarecht, EU-Fördermittel, europäische Beteiligungsverfahren, Städtekooperationen und internationale Zusammenarbeit sollen Teil bedarfsgerechter Fortbildungsangebote werden.

- Hospitationen ausbauen: Beschäftigte der Berliner Verwaltung sollen leichter an mehrwöchigen Hospitationen in Verwaltungen anderer europäischer Länder teilnehmen können.
- Gegenseitigen Wissenstransfer organisieren: Berlin soll Verwaltungsmitarbeiter:innen aus anderen europäischen Ländern offensiv Hospitationsmöglichkeiten anbieten.

4.3 EU-Fördermittelkompetenz professioneller aufstellen

EU-Fördermittel können Innovation, Austausch und kommunale Entwicklung ermöglichen. Gleichzeitig sind Antragstellung, Umsetzung und Controlling anspruchsvoll. Berlin sollte Fördermittelkompetenz bündeln, ohne Europaarbeit darauf zu reduzieren.

- Zentrale Unterstützung anbieten: Land und Bezirke brauchen professionelle Beratung zu EU-Förderprogrammen, Projektentwicklung, Antragslogik, Finanzplanung und Controlling.
- Projektentwicklung fördern: Bezirke, Schulen, Träger und Verwaltungen sollen frühzeitig bei europäischen Projektideen unterstützt werden.
- Fördermittel sichtbar machen: EU-finanzierte Projekte sollen im öffentlichen Europa-Dashboard auffindbar sein.

4.4 Berlins Netzwerke in Europa durch Verwaltungspraxis stärken

Berlins europäische Partnerschaften gewinnen an Qualität, wenn nicht nur Politik und Zivilgesellschaft, sondern auch Verwaltung dauerhaft in europäischen Austausch eingebunden wird.

- Städtenetzwerke aktiv nutzen: Berlin soll Eurocities, Ausschuss der Regionen, Brüsseler Landesbüro und thematische Netzwerke stärker für Wissenstransfer und politische Positionierung nutzen.
- Bezirke strategisch einbinden: Bezirkliche Europaarbeit muss Teil der gesamtstädtischen Europastrategie sein.
- Verwaltungskooperationen entwickeln: Partnerstädte und europäische Nachbarregionen sollen stärker für fachlichen Verwaltungsaustausch genutzt werden.

5. Europa in Berlin erfahrbar machen

Europa entsteht nicht nur in Institutionen, sondern im Alltag der Stadt. Begegnungen, Städtepartnerschaften, Jugendformate, Communities, Kultur, Sport, Bibliotheken, Volkshochschulen und Kiezprojekte machen Europa konkret. Diese Dimension sollte als eigenständiger Baustein Berliner Europapolitik aufgenommen werden.

5.1 Interkulturelle Begegnungen als Werkstätten der Demokratie verstehen

Berlin soll europäische Begegnungsarbeit als demokratische Infrastruktur begreifen. Gerade in Zeiten von Polarisierung, Desinformation und autoritärem Druck sind persönliche Begegnung, zivilgesellschaftliche Kooperation und internationale Verständigung politische Kernaufgaben.

- Begegnung fördern: Grenzüberschreitende Jugendbegegnungen, Städtepartnerschaften, Community-Projekte, Kulturformate und non-formale Bildungsarbeit sollen stärker unterstützt werden.
- Mikroförderfonds „Europa im Kiez“ schaffen: Ein niedrigschwelliger Fonds soll kleine europäische Projekte in den Bezirken ermöglichen, etwa Stadtpaziergänge, Debatten, Kulturabende, Workshops, Community-Projekte und Austauschformate.
- Europäische Communities einbeziehen: In Berlin lebende Europäer:innen sollen stärker als Akteur:innen europäischer Stadtgesellschaft angesprochen werden.

5.2 Städtepartnerschaften politisch weiterentwickeln

Städtepartnerschaften sind mehr als symbolische Freundschaften. Sie sind eine Infrastruktur für Jugendaustausch, Demokratiebildung, Verwaltungsaustausch, Erinnerungskultur, Krisenresilienz und europäische Solidarität.

- Berliner Städtepartnerschaften sichtbarer machen: Berlin soll eine öffentlich zugängliche Übersicht über Städtepartnerschaften, laufende Projekte, Austauschmöglichkeiten und zivilgesellschaftliche Akteur:innen schaffen.
- Jugendaustausch priorisieren: Jede größere Städtepartnerschaft sollte ein Jugend- oder Schulformat enthalten.
- Demokratiepartnerschaften entwickeln: Partnerstädte können stärker für Rechtsstaatlichkeit, Medienkompetenz, Erinnerungskultur, Klimaanpassung und kommunale Resilienz zusammenarbeiten.

5.3 Berlin als Brücke nach Polen, in die Ukraine und nach Mittelosteuropa

Berlins Lage und Geschichte verpflichten die Stadt, ihre Rolle als Brücke nach Polen, in die Ukraine, ins Baltikum und nach Mittelosteuropa stärker wahrzunehmen. Europäische Sicherheit, Demokratie, Erinnerung und Solidarität beginnen auch kommunal.

- Polen-Kompetenz stärken: Berlin sollte Städtepartnerschaften, Jugendaustausch, polnische Communities, Kultur, Bildung und Zivilgesellschaft strategisch in seine Europaarbeit einbeziehen.
- Ukraine-Solidarität verstetigen: Berlin soll kommunale Partnerschaften, zivilgesellschaftliche Kooperationen und Wiederaufbaukontakte mit der Ukraine langfristig unterstützen.
- Mittelosteuropa sichtbar machen: Die europäische Nachbarschaft Berlins muss stärker in Bildungsarbeit, Kultur, Verwaltungsaustausch und öffentlicher Kommunikation vorkommen.

6. Europäische Demokratie und Teilhabe in Berlin stärken

Berlin lebt von Menschen, die aus ganz Europa kommen, hier arbeiten, Familien gründen, Unternehmen aufbauen, Kultur prägen und Stadtgesellschaft gestalten. Diese Realität muss sich stärker in demokratischer Teilhabe, Kommunikation und Repräsentation widerspiegeln.

6.1 Das Demokratiedefizit bei BVV-Wahlen abbauen

Unionsbürger:innen dürfen auf kommunaler Ebene aktiv und passiv an den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen teilnehmen. Dieses Recht ist zu wenig bekannt. Berlin sollte rechtzeitig vor der Wahl 2031 eine ressort- und bezirksübergreifende Informationskampagne starten. Die im Entwurf genannte Zahl der Unionsbürger:innen sollte vor Veröffentlichung aktualisiert werden.

- Kampagne ab 2027 vorbereiten: Landeswahlleitung, Bezirke, EU-Beauftragte, Integrationsbeauftragte, Landeszentrale für politische Bildung und Zivilgesellschaft sollen eine gemeinsame Strategie entwickeln.
- Mehrsprachig informieren: Informationen zum aktiven und passiven Wahlrecht sollen in den wichtigsten EU-Sprachen Berlins verfügbar sein.
- Administrative Hürden abbauen: Berlin soll prüfen, welche Formulare, Verfahren und Informationswege die Teilnahme erleichtern können.
- Communities einbinden: Europäische Communities, Vereine, Arbeitgeber, Hochschulen und Kulturinstitutionen sollen als Multiplikator:innen gewonnen werden.

6.2 Europäische Demokratiebildung gegen Desinformation ausbauen

Demokratie steht auch in Europa unter Druck. Berlin sollte Europabildung stärker mit demokratischer Resilienz verbinden.

- Medienkompetenz stärken: Programme zu Desinformation, Plattformlogik, KI, Propaganda und europäischer Öffentlichkeit sollen ausgebaut werden.
- Rechtsstaatlichkeit vermitteln: Europäische Demokratiebildung soll deutlich machen, warum Grundrechte, unabhängige Gerichte, freie Medien und Minderheitenschutz europäische Kernfragen sind.
- Junge Zielgruppen erreichen: Digitale Formate, Social Media, Podcasts, Gaming-Formate und Jugenddialoge sollen gezielt in der politischen Bildung genutzt werden.

6.3 Berlin als European Capital of Democracy prüfen

Berlin sollte prüfen, ob eine Bewerbung als European Capital of Democracy sinnvoll ist. Eine solche Bewerbung könnte europäische Demokratieinnovation, Bürgerbeteiligung, Kiezdemokratie, digitale Partizipation, europäische Communities und politische Bildung sichtbar bündeln.

- Demokratieprogramm entwickeln: Vor einer Bewerbung sollte Berlin ein eigenes Programm europäischer Demokratieprojekte auflegen.
- Zivilgesellschaft beteiligen: Bewerbung und Programm sollten gemeinsam mit Bezirken, Bildungsträgern, europäischen Communities, Jugendvertretungen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen entwickelt werden.

7. Berlins Rolle in Europa besser kommunizieren

Berlins Europapolitik muss sichtbarer, verständlicher und bürgernäher werden. Viele europäische Aktivitäten des Landes, der Bezirke und der Zivilgesellschaft bleiben der Öffentlichkeit verborgen. Die EUB fordert eine Europakommunikation, die informiert, beteiligt und Begegnung ermöglicht.

7.1 Europakommunikation mehrsprachig und bezirklich denken

Europa vor Ort muss in den Bezirken sichtbar werden. Dafür braucht es klare Zuständigkeiten, digitale Kommunikation, mehrsprachige Informationen und niedrighschwellige Formate.

- Zentrale Übersicht schaffen: Eine digitale Plattform soll europäische Angebote, Beratungsstellen, Projekte, Veranstaltungen, Fördermöglichkeiten und Beteiligungsformate bündeln.
- Bezirke sichtbar machen: Jeder Bezirk soll seine Europaarbeit öffentlich darstellen und regelmäßig aktualisieren.
- Mehrsprachig kommunizieren: Zentrale Informationen zu EU-Rechten, BVV-Wahlrecht, Fördermöglichkeiten und Europaangeboten sollen in mehreren Sprachen verfügbar sein.

7.2 Europatag zum dezentralen Europamonat ausbauen

Die Europawoche rund um den 9. Mai ist ein wichtiger Anker. Sie sollte jedoch dezentraler, sichtbarer und stärker mit digitalen Angeboten verbunden werden. Wenn ein gesetzlicher Feiertag nicht politisch verfolgt wird, sollte der Fokus auf einem stadtweiten Aktionsmonat liegen.

- Europamonat Mai stärken: Der Mai soll als stadtweiter Europamonat mit Angeboten in allen Bezirken profiliert werden.
- Dezentralität sichern: Angebote sollen nicht nur an einem zentralen Ort stattfinden, sondern in Schulen, Bibliotheken, Kiezen, Kulturorten, Bezirksämtern und öffentlichen Räumen.

- 2030 als Zieljahr nutzen: Zum 80. Jahrestag der Schuman-Erklärung kann Berlin ein besonders sichtbares europäisches Stadtprogramm entwickeln.

7.3 Europaarbeit angemessen finanzieren und personell absichern

Europaarbeit ist keine freiwillige Dekoration, sondern Teil moderner Landes- und Bezirkspolitik. Sie braucht verlässliche Ressourcen.

- Stellenpläne prüfen: Land und Bezirke sollen gemeinsam mit Europaexpert:innen prüfen, welche personellen Ressourcen für zeitgemäße Europaarbeit nötig sind.
- Zivilgesellschaft einbinden: Kooperationen zwischen Verwaltung, Parlament, Bildungsträgern, Vereinen und europäischen Communities sollen verlässlich gefördert werden.
- Kommunikation ermöglichen: Europaarbeit braucht Mittel für mehrsprachige Kommunikation, digitale Plattformen, Veranstaltungen und Beteiligungsformate.

8. Umsetzung und Monitoring

Damit die Forderungen politisch wirksam werden, sollten sie mit klaren Instrumenten, Zuständigkeiten und Zeithorizonten verbunden werden. Die folgende Übersicht dient als Arbeitsgrundlage für die weitere politische Zuspitzung.

Handlungsfeld	Kerninstrument	Zuständigkeit	Zeithorizont
Europastrategie	Jährlicher Europabericht und öffentliches Dashboard	Senatskanzlei, Senat, Abgeordnetenhaus	ab 2027 jährlich
Lehrkräfte	Erasmus+ Nutzung, Fortbildung, Hospitationen, gezielte Rekrutierung für Partnersprachen	Senatsbildungsverwaltung, Schulen, Fortbildungsträger	laufend ab 2027
VHS und Bibliotheken	Regelmäßige Europaangebote in allen Bezirken	Bezirke, VHS, Bibliotheken, Landeszentrale	ab 2027
EU-Beauftragte	Einheitliche Aufgabenprofile und angemessene Ausstattung	Senatskanzlei, Rat der Bürgermeister:innen, Bezirke	2027
Verwaltung	Europäisches Onboarding und Austauschprogramm	Senat, Bezirke, Verwaltungsakademie	ab 2027
Europa im Kiez	Mikroförderfonds für Begegnung und Austausch	Senat, Bezirke, Zivilgesellschaft	Pilot 2027
BVV-Wahlrecht	Mehrsprachige Kampagne für Unionsbürger:innen	Landeswahlleitung, Bezirke, EU-Beauftragte	Start 2027
Europatag	Dezentraler Europamonat Mai	Senat, Bezirke, EU-Institutionen, Zivilgesellschaft	ab 2027
Demokratie-Stadt Berlin	Prüfung einer Bewerbung als European Capital of Democracy	Senat, Abgeordnetenhaus, Zivilgesellschaft	Prüfung 2027

Anhang: Good Practice Beispiele aus anderen Städten

Die folgenden Beispiele zeigen, wie andere Städte Europaarbeit, internationale Kooperation, Städtepartnerschaften, EU-Fördermittel, europäische Demokratie und bürgernahe Kommunikation sichtbar machen. Sie dienen nicht als Blaupause, sondern als Inspirationsquelle für eine Berliner Umsetzung.

München: Europaarbeit öffentlich sichtbar machen

Good Practice: München bündelt Europaarbeit, EU-Projekte, internationale Kooperationen und Berichte öffentlich. Besonders interessant sind der Bericht „Europa und Internationales 2024/25“ und die sichtbare Kommunikation zu Europaangeboten.

Übertragbarkeit auf Berlin: Berlin könnte einen jährlichen Europabericht, ein öffentliches Europa-Dashboard und eine digitale Orientierung für Bürger:innen entwickeln.

Links:

- [Europa und Internationales, Stadt München](https://stadt.muenchen.de/infos/internationale-kooperation.html) (https://stadt.muenchen.de/infos/internationale-kooperation.html)
- [Bericht Europa und Internationales 2024/25](https://www.wirtschaft-muenchen.de/produkt/europa-und-internationales-2024-25-projekte-und-engagement/) (https://www.wirtschaft-muenchen.de/produkt/europa-und-internationales-2024-25-projekte-und-engagement/)
- [Europa in München](https://stadt.muenchen.de/infos/europa.html) (https://stadt.muenchen.de/infos/europa.html)

Hamburg: Europapolitik als strategische Stadtpolitik kommunizieren

Good Practice: Hamburg verknüpft Europapolitik mit Öffentlichkeitsarbeit, EU-Fördermitteln, Standortfragen, internationaler Zusammenarbeit und europäischer Sichtbarkeit.

Übertragbarkeit auf Berlin: Berlin sollte Europapolitik nicht nur als Bildungs- oder Kommunikationsthema, sondern als Querschnitt von Verwaltung, Wirtschaft, Infrastruktur, Klima, Digitalisierung und internationaler Stadtpolitik formulieren.

Links:

- [Europapolitik, Stadt Hamburg](https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/senatskanzlei/themen/europapolitik) (https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/senatskanzlei/themen/europapolitik)
- [Europa vor Ort in Hamburg, Europäische Kommission](https://germany.representation.ec.europa.eu/europa-vor-ort-hamburg_de) (https://germany.representation.ec.europa.eu/europa-vor-ort-hamburg_de)

Wien: Institutionelle Verankerung europäischer Angelegenheiten

Good Practice: Wien verfügt mit der Magistratsabteilung 27 über eine klar erkennbare Europaabteilung. Sie bündelt EU-Förderungen, EU-Koordination, internationale Kooperationen und Berichte.

Übertragbarkeit auf Berlin: Berlin kann daraus lernen, Europaarbeit institutionell sichtbarer zu bündeln und Zuständigkeiten für Strategie, Fördermittel, Analyse und Kommunikation klarer zu ordnen.

Links:

- [MA 27, Europäische Angelegenheiten](https://www.wien.gv.at/kontakt/ma27) (https://www.wien.gv.at/kontakt/ma27)
- [EU- und EZA-Projekte der Stadt Wien](https://eu-eza-wienprojekte.eufa-wien.at/euprojekte/178) (https://eu-eza-wienprojekte.eufa-wien.at/euprojekte/178)

Köln: Städtepartnerschaften und Zivilgesellschaft strategisch verbinden

Good Practice: Köln verbindet Städtepartnerschaftsarbeit, zivilgesellschaftliche Vereine und kommunale Außenpolitik. Die CologneAlliance zeigt, wie Städtepartnerschaftsvereine und Stadt gemeinsam Sichtbarkeit, Austausch und Engagement stärken können.

Übertragbarkeit auf Berlin: Berlin könnte ein Netzwerk für Städtepartnerschaften, Jugendbegegnungen, europäische Communities und zivilgesellschaftliche Europaarbeit aufbauen.

Links:

- [CologneAlliance](https://www.colognealliance.org/) (https://www.colognealliance.org/)
- [Städtepartnerschaften gestalten, Stadt Köln](https://www.stadt-koeln.de/artikel/05566/index.html) (https://www.stadt-koeln.de/artikel/05566/index.html)
- [Internationale Aufgaben der Stadt Köln](https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/internationales/unsere-aufgaben-europa-und-weltweit) (https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/internationales/unsere-aufgaben-europa-und-weltweit)
- [Konzept zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit 2020](https://www.koeln-istanbul.de/wp-content/uploads/2020/11/Anlage2_Konzept-Weiterentwicklung-St%C3%A4dtepartnerschaftsarbeit-2020_NEU.pdf) (https://www.koeln-istanbul.de/wp-content/uploads/2020/11/Anlage2_Konzept-Weiterentwicklung-St%C3%A4dtepartnerschaftsarbeit-2020_NEU.pdf)

Leipzig: Europa vor Ort verständlich und publikumsnah erklären

Good Practice: Leipzig macht EU-Projekte und Europaarbeit mit öffentlich zugänglichen Informationsangeboten sichtbar. Die Broschüre „Europa zu Hause in Leipzig“ zeigt konkrete europäische Bezüge der Stadt.

Übertragbarkeit auf Berlin: Berlin könnte eine Reihe „Europa zu Hause in Berlin“ entwickeln, gegliedert nach Bezirken, Projekten, Fördermitteln, Partnerschaften und Alltagswirkungen.

Links:

- [EU-Projekte und Europaarbeit in Leipzig](https://www.leipzig.de/leipzig-strategie/internationales/europa-in-leipzig) (https://www.leipzig.de/leipzig-strategie/internationales/europa-in-leipzig)
- [Europa zu Hause in Leipzig, Broschüre 2025](https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/01.1_Geschaeftsbereich_OBM/14_Ref_Intern_Zusammenarbeit/EU-Projekte/Europa_zu_Hause_in_Leipzig_Broschuere_DIN_A5_2025_webversion_interaktiv_.pdf) (https://static.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/01.1_Geschaeftsbereich_OBM/14_Ref_Intern_Zusammenarbeit/EU-Projekte/Europa_zu_Hause_in_Leipzig_Broschuere_DIN_A5_2025_webversion_interaktiv_.pdf)
- [Europe Direct Leipzig](https://www.europa-haus-leipzig.de/information/europe-direct-leipzig/) (https://www.europa-haus-leipzig.de/information/europe-direct-leipzig/)

Barcelona, Wien und Cascais: European Capital of Democracy als Bühne für demokratische Innovation

Good Practice: Barcelona war 2023/24 erste European Capital of Democracy, Wien folgte 2024/25, Cascais wurde für 2026 ausgewählt. Das Format macht demokratische Innovation, Bürgerbeteiligung und europäische Sichtbarkeit auf kommunaler Ebene erfahrbar.

Übertragbarkeit auf Berlin: Berlin könnte eine Bewerbung prüfen und dafür ein Demokratieprogramm entwickeln, das Kiezdemos, digitale Beteiligung, europäische Communities, politische Bildung und Stadtentwicklung verbindet.

Links:

- [European Capital of Democracy](https://capitalofdemocracy.eu/) (https://capitalofdemocracy.eu/)
- [Cascais als European Capital of Democracy 2026](https://capitalofdemocracy.eu/citizens-select-cascais-as-european-capital-of-democracy-2026/) (https://capitalofdemocracy.eu/citizens-select-cascais-as-european-capital-of-democracy-2026/)

- [Call for European Capital of Democracy 2027, Council of Europe](https://www.coe.int/en/web/congress/-/call-for-applications-become-the-european-capital-of-democracy-2027-)
(<https://www.coe.int/en/web/congress/-/call-for-applications-become-the-european-capital-of-democracy-2027->)

Weiterer Referenzpunkt: Berliner Europastrategie

Die Berliner Europastrategie sollte der zentrale Referenzrahmen für das Forderungspapier sein. Die EUB kann ihre Forderungen besonders wirksam machen, wenn sie diese als zivilgesellschaftlichen Beitrag zur Umsetzung, Evaluation und Weiterentwicklung der Strategie formuliert.

Links:

- [Berliner Europastrategie. berlin.de](https://www.berlin.de/sen/europa/europa-in-berlin/europastrategie/) (<https://www.berlin.de/sen/europa/europa-in-berlin/europastrategie/>)
- [Pressemitteilung des Senats vom 05/08/2025](https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2025/pressemitteilung.1587530.ph)
(<https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2025/pressemitteilung.1587530.ph>)